

Wer traut noch dem Kapitalismus?

Die Linke muss in die Offensive

Die politische Landschaft in der BRD vor den Wahlen ist ziemlich übersichtlich. Die sog. Finanzkrise hat sich zur größten Verwertungskrise des Kapitalismus seit 80 Jahren entwickelt. Der angeblich verselbstständigte «Finanzsektor», die Immobilien- und Derivateblasen, waren nur die ersten Fiebersymptome, die eine allgemeine Überproduktionskrise ankündigten – mit allen Symptomen, die seit Marx' Zeiten bekannt sind.

Dennoch haben das Platzen der spektakulären Gewinnorgie, vor allem aber die panischen Bankenrettungsaktionen der Regierungen zu einer tiefen Legitimationskrise des Kapitalismus geführt.

Die politische Notgemeinschaft Große Koalition wollte eigentlich die Früchte der von SPD und Grünen eingeleiteten Agenda-2010-Politik einfahren. Der Aufschwung der Konjunktur mit zwei, manchmal drei Supergewinnjahren für die Unternehmen, die Party an den Börsen und das im Sinne der Erfinder erfolgreiche Management der Massenerwerbslosigkeit durch Hartz IV schien dem Trio Merkel–Steinmeier–Steinbrück Recht zu geben.

Trotzdem kam der Aufschwung bei der Mehrheit der Bevölkerung nicht an, die Beteiligung an Parlamentswahlen und die Glaubwürdigkeit der «Politiker» gingen weiter zurück.

Insbesondere die SPD stürzte in eine Existenzkrise; ihre Mitgliedschaft und Wählerbasis halbierte

sich. Vier Jahre lang machte die Große Koalition Politik gegen die breite Mehrheit – beim Mindestlohn, bei der Rente mit 67 und dem Afghanistankrieg. Wie zum Hohn etablierte sich dazu noch die als «Allianz der Verlierer» abgestempelte LINKE als einzige politische Erfolgsgeschichte der letzten vier Jahre – sie versammelt derzeit gut 10% der Wähler hinter sich.

Die Rettung der Banken, die massive Subventionierung der Automobilbranche durch Abwrackprämie und Wiedereinführung der Pendlerpauschale, die Ausdehnung der Kurzarbeit und die sonstigen Konjunkturprogramme haben drei Kennzeichen: die öffentliche Verschuldung wird in nie gekanntem Umfang aufgebläht; die parlamentarische und öffentliche Kontrolle wird nicht etwa ausgebaut, sondern zurückgenommen; und alle lebenswichtigen politischen Ziele wie Umwelt- und Klimaschutz, weltweite soziale Gerechtigkeit und Friedenssicherung werden unter das kurzfristige Ziel der Profitanierung untergeordnet.

Kapitel II dieser Politik folgt nach den Wahlen: Die öffentlichen Kassen, vor allem auf kommunaler Ebene, sollen durch eine rigide Sparpolitik saniert werden. Die Agentur für Arbeit wird die größte Finanzkrise ihrer Geschichte nur durch Beitragserhöhungen bekämpfen können. Die indirekten Steuern, allen voran die Mehrwertsteuer, sollen erhöht werden. Die Transferzahlungen für Rentner, Er-



werbslose und Kranke werden noch einmal zur Kürzung aufgerufen.

Gleichzeitig wird die im kapitalistischen Sinne notwendige Funktion der Krise als «reinigender Besen», die bisher aus politischen Gründen verzögert wurde, voll zur Wirkung kommen: Überflüssiges Kapital wird durch Pleiten, Firmenzusammenschlüsse und Ka-

pitalkonzentration vernichtet.

Das politische Gegenprogramm liegt auf der Hand:

- Ausbau der öffentlichen und politischen Kontrolle über das private Kapital, notfalls mit Enteignungen und Verstaatlichungen;
- Umverteilung der Vermögen von oben nach unten und eine radikale Arbeitszeitverkürzung ohne Lohneinbußen;
- Eröffnung einer gesellschaftlichen und betrieblichen Debatte über eine andere Ausrichtung des gesamten Produktions- und Konsumtionsmodells, über ökologisch und sozial nachhaltige Produktionsumstellungen.

Das erfordert eine umfassende Eroberung und Wahrnehmung von mehr demokratischen Rechten und die Entmachtung der faktischen Diktatur des privaten Kapitals. Ohne politische Streiks, wie sie DIE LINKE fordert, wird das nicht

gehen. Betriebliche Lösungen der Krise wird es nicht geben – das müssen vor allem die Gewerkschaften lernen, die heute alle Hände voll mit betrieblichen Sonderabkommen zu tun haben.

Wie kümmerlich sehen dagegen die Programme der Grünen und der SPD aus, die mit schönen Namen wie Green New Deal und «Deutschlandplan» Forderungen zusammenklauben, die am unteren Rand dessen stehen, was Umwelt-, Bürgerrechts- und Gewerkschaftsbewegung und auch DIE LINKE schon seit langem fordern. Sie verbinden sie auch noch mit dem Irrglauben, ohne Entmachtung des privaten Kapitals käme man auch nur einen Millimeter weiter. Die politische Linke und die Partei DIE LINKE sind damit ohne Alternative, doch sollten sie dies der breiten Öffentlichkeit auch mal zeigen. ★

Schluss mit dem Verfassungsbruch

Bundeswehr raus aus Afghanistan

Seit acht Jahren stehen die NATO-Besatzer im Land. Doch laut US-Oberbefehlshaber Stanley McChrystal sind die Taliban auf dem Vormarsch. Sie kontrollieren über ein Drittel des Landes. Die einzige Antwort, die den Kriegsherren des Westens einfällt, lautet: noch mehr Soldaten, noch mehr Kriegsgerät. Auch die Bundeswehr soll ihre Präsenz auf 4500 Mann verstärken, erstmals führt sie offensive Militäroperationen durch.

Angeblich geht es um Demokratie und Modernisierung. Doch hat sich, außer in einigen Bürohochhäusern in der Hauptstadt Kabul, an den mittelalterlichen gesellschaftlichen Strukturen im Lande nichts Wesentliches geändert, auch nicht an der drastischen Unterdrückung der Frauen. Die afghanische Bevölkerung aber hat Tausende von Toten zu beklagen. Besatzung ist keine Lösung, es ist das schlimmste Problem in einem der ärmsten Länder der Welt. Die Besatzungstruppen privilegieren die Kooperation mit Staatspräsident Karsai, der ein von Tag zu Tag verhassteres korruptes Regime führt und sich auf die Warlords stützt, die mit dem Geld aus dem Westen ihre Drogenproduktion ankurbeln.

Laut Grundgesetz ist die Bundeswehr nur zur Landesverteidigung da. Stattdessen aber wird sie in aller Welt eingesetzt, damit sie – im militärischen Bündnis – einer Handvoll reicher Industriestaaten Rohstoffe und die Weltherrschaft sichert.

Aufstandsbekämpfung – in fremden Ländern wie im eigenen Land – ist auch ein willkommenes Trainingsprogramm. Nicht umsonst sprechen sich immer mehr Politiker, vor allem der Unionsparteien, offen für den Einsatz der Bundeswehr im Innern aus. Angesichts der zunehmenden Zahl der Opfer der Krise und ihrer unsozialen Politik haben sie Angst vor «sozialen Unruhen». Die wollen sie notfalls mit Bundeswehrsoldaten ersticken.

«Wir zahlen nicht für eure Krise»
Für eine solidarische Gesellschaft

BUNDESWEITER AKTIONSTAG
am 17. September 2009

www.kapitalismuskrise.org

Letzte Hoffnung Kopenhagen?

«Ändert das System, dann rettet ihr das Klima»

Vom 7. bis zum 18. Dezember 2009 wird der größte Klimagipfel stattfinden, den die Welt je gesehen hat. Zehntausend Delegierte aus aller Welt und mindestens ebenso viele Journalisten werden zum UN-Gipfel nach Kopenhagen kommen. Er wird als die letzte Möglichkeit verkauft, auf die wir hoffen können. Aber die Instrumente, mit denen bisher versucht wurde, die Klimaerwärmung zu stoppen, sind gescheitert.

Trotz Handel mit Emissionszertifikaten, trotz sog. «Clean Development Mechanism» (Mechanismen für umweltverträgliche Entwicklung) und scheinheiligen Selbstverpflichtungserklärungen der Regierungen des Nordens hat sich die Situation im Vergleich zum Beginn der Verhandlungen vor fünfzehn Jahren verschlimmert: Der jährliche Ausstoß von Treibhausgasen ist weltweit gestiegen, nicht gesunken. Überschwemmungen und Dürre haben an Häufigkeit und Intensität zugenommen und führen vor allem in den Ländern des Südens – den Hauptleidtragenden des Klimawandels – schon heute zu Trinkwasserknappheit, Missernten und Hunger.

Dass die Zunahme der Erderwärmung auf 2°C begrenzt werden kann, scheint vielen Wissenschaftlern mittlerweile kaum noch realistisch. Eine stärkere Erwärmung hätte aber unabsehbare Folgen. Dennoch werden die Verhandlungen über die Abschlusserklärung des Kopenhagengipfels so geführt, als sei nichts. Die Industrieländer weigern sich, ihrer Verantwortung

als Hauptverursacher des Klimawandels nachzukommen und den Ländern des Südens nennenswerte und kostengünstige Klimaschutztechnologie bereitzustellen, oder in einen Hilfsfonds einzuzahlen. Stattdessen verteilen sie lieber kostenlos Emissionszertifikate an die Großkonzerne im Süden. Damit kann der CO₂-Ausstoß munter fortgesetzt werden, und die verursachende Industrie verdient noch daran.

Überall auf der Welt regt sich Widerstand dagegen. «Ändert das System, dann rettet ihr das Klima», sagt das internationale Aktionsnetzwerk für Klimagerechtigkeit (AKG). Im Gegensatz dazu ist die «Klimaallianz», die sich in der BRD gegründet hat, gemäßigt und wirbt anlässlich des Bundestagswahlkampfes mit Parolen wie «Coole Jobs für cooles Klima», «Klima liebt Wirtschaft» und einem Plädoyer für einen grünen Kapitalismus.

Das internationale Aktionsnetzwerk zeigt andere Lösungen auf: «Auf einer Erde mit begrenzten Ressourcen kann es kein unbegrenztes Wachstum geben – ob es sich nun «grün» nennt oder nicht.» Die Umweltgruppen und Bauernbewegungen, die in dem Netzwerk zusammengeschlossen sind, setzen sich deshalb ein für den Abbaustopp fossiler Energien; für regionale und demokratische Kontrollen der Ressourcen; die Reduzierung der Überkonsumtion, vor allem in den Ländern des Nordens; Reparationszahlungen für die Zerstörungen, die der Klimawandel in den Ländern des Südens bereits hervorgerufen hat; den Schutz der

Interessen der indigenen Völker; die Vergesellschaftung und Zentralisierung der Energieversorgung; eine regionale Versorgung mit Lebensmitteln.

Was die Konzerne an Energiealternativen anpreisen, verlagert die Gefahren nur auf andere Ebenen: Die Atomlobby will die Klimakrise nutzen, um ihre gemeingefährliche – aber profitträchtige – Technologie anzupreisen. Und für «Biosprit» wurden in den vergangenen Jahren weltweit riesige Ackerflächen geopfert, die nun nicht mehr für den Anbau von Nahrungsmitteln zur Verfügung stehen.

Volle Tanks im Norden und leere Mägen im Süden werden die Folge sein. Bereits im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Hungernden weltweit auf eine Milliarde – ein Sechstel der Menschheit. Demgegenüber werden die Zerstörungen der Kolonialära des 19. und 20. Jahrhunderts verblissen.

Zehn Jahre nach der verhinderten Konferenz der Welthandelsorganisation in Seattle ist sicher: die UN-Klimaschutzkonferenz wird weder die Klimaerwärmung stoppen, noch ihre Folgen in den Griff bekommen.

Deshalb wollen Organisationen

aus der ganzen Welt am 16. Dezember, wenn Regierungschefs und Minister in Kopenhagen tagen werden, den Plenarraum des offiziellen Gipfels besetzen und in ein Tribunal der Bewegungen verwandeln.

«Eine andere Welt ist möglich» lautete vor zehn Jahren das Motto der Proteste in Seattle. «Eine andere Welt ist nötig» heißt es heute, wo die Auswirkungen und Ursachen des Klimawandels offen zutage getreten sind. Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Klimawandel schweigen. ★

Angst belebt das Geschäft

Massenimpfung gegen Schweinegrippe ist Unsinn

Wieder einmal wird eine Saue durchs Dorf getrieben: diesmal heißt sie «Schweinegrippe».

Die Warnungen der Gesundheitsbehörden, der Pandemiealarm der WHO und die geplanten Massenimpfungen haben allerdings nichts mit rationaler Gesundheitspolitik zu tun: Alle bisher vorliegenden epidemiologischen Daten belegen, dass es sich bei der sog. «neuen Influenza», die fälschlicherweise Schweinegrippe genannt wird, schlicht und ergreifend um eine neue Variante des Influenzavirus handelt, die sich in den entscheidenden Eigenschaften – nämlich Ansteckungsgefahr, Infektionsgefahr und Sterblichkeit – nicht wesentlich von den bisherigen Grippeviren unterscheidet.

Die Angst, die jetzt geschürt wird, dient vor allem zwei Zwecken: Zum einen winkt hier ein gigantisches Geschäft.

Die geplanten Massenimpfungen und die massenhafte Vorratslagerung von Grippemedikamenten versprechen den beteiligten Pharmakonzernen Milliarden – allein in der BRD soll die Massenimpfung über eine Milliarde Euro

kosten. In den USA sollen fast dreimal so viele Menschen geimpft werden.

Dabei ist von dem Impfstoff, der derzeit mit Hochdruck produziert wird, noch nicht einmal bekannt, ob er wirklich wirkt. Das wird man frühestens im nächsten Jahr wissen.

Dass damit naturgemäß auch nichts über die Nebenwirkungen bekannt ist, versteht sich von selbst. Denn Impfungen sind nicht unbedingt ungefährlich: Schon in den 50er Jahren wurde in den USA ein Impfstoff vom Markt genommen, weil Fälle des sog. Guillain-Barre-Syndroms aufgetreten waren, eine Krankheit, bei der der Körper Antikörper gegen die eigenen Nervenzellen entwickelt.

Und den Politikern kommt das Thema auch gelegen: Es ist geeignet, von der derzeitigen desolaten wirtschaftlichen und sozialen Lage abzulenken und scheinbare Handlungsfähigkeit zu demonstrieren.

Bei dieser Sachlage muss man keine Angst vor der Schweinegrippe haben, sondern vor der rasant fortschreitenden Verflechtung der öffentlichen Gesundheitspolitik mit der Pharmaindustrie. ★

MAL RICHTIG ABSCHALTEN!



ATOMKRAFT NEIN DANKE!

DEMO BERLIN 5. SEPTEMBER 2009

www.anti-atom-treck.de

Spendenkonto „Treck“: BI Lüchow-Dannenberg | Konto-Nr.: 46766302 | BLZ: 430 609 67 | GLS Gemeinschaftsbank eG

Es ist an der Zeit – Raus aus der Atomkraft

Wenn sich die Bauern aus Gorleben 30 Jahre nach dem legendären Treck nach Hannover im Wahljahr 2009 wieder zu einem Treck rüsten, dann hat das nichts mit Nostalgie zu tun, sondern mit einer bitteren Notwendigkeit. Diesmal geht es ums Ganze. Für Gorleben und in Sachen Atomenergie. ASSE oder Ausstieg, Laufzeitverlängerungen oder Erneuerbare Energien.

Die vier großen Stromkonzerne Eon, RWE, Vattenfall und EnBW wollen nach der Bundestagswahl den Weiterbetrieb der gefährlichen und unfallträchtigen Atomkraftwerke durchsetzen. Gorleben soll trotz bekannter Sicherheitsrisiken als Standort für die Lagerung des hochradioaktiven Mülls genehmigt werden. Wir lassen nicht zu, dass die Atomkonzerne aus ihrer Profitgier unsere Zukunft aufs Spiel setzen.

Wir wollen raus aus der Atomkraft. Es ist an der Zeit.

Am **29. August um 14 Uhr** wird der Treck von den Atomanlagen Gorleben auf den Weg gebracht. Er führt vorbei an den Katastrophen-Endlagern Asse und Morsleben sowie dem Schacht Konrad und endet mit einer Demonstration am 5. September in Berlin.

5.9., Berlin: Zentraler Auftakt um 13 Uhr am Hauptbahnhof. Demonstration mit anschließender Kundgebung vor dem Brandenburger Tor

www.anti-atom-treck.de

Jetzt wird es ernst

DIE LINKE und die Regierungsfrage

Diese Flugschriften erscheinen vor den Wahlterminen im Herbst dieses Jahres. Es bedarf allerdings nur wenig prophetischer Gaben, um vorherzusagen, dass nach den Wahlterminen der Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und im Saarland am 30. August sowie in Schleswig-Holstein und Brandenburg am Tag der Bundestagswahl am 27. September in der LINKEN eine Debatte über die «Regierungsfrage» losgehen wird, die schon den Bundestagswahlkampf beeinflusst, umso mehr die weitere Parteientwicklung.

Einzig in Berlin ist DIE LINKE bislang an der Landesregierung beteiligt. Dieses Projekt war seit der Parteigründung 2006–2007 immer äußerst umstritten und wird bis heute allenfalls als Erbmasse der Vorgängerpartei PDS geduldet.

Die Regierungsbeteiligung am Berliner Senat hat es niemals geschafft, zu einem politischen Vorzeigeprojekt der LINKEN zu werden, im Gegenteil, viele Maßnahmen der Berliner Regierungspolitik wirken äußerst negativ und haben fürchterlichen Raubbau am wichtigsten Lebenselixier einer neuen linken Partei betrieben: ihrer Glaubwürdigkeit. Es war und ist ein Projekt der hängenden Köpfe, der Zerknirschtheit und ständiger ideologischer Selbstrechtfertigung. Die ersten zwei Jahre wären für DIE LINKE deutlich besser gelaufen, wäre die Partei aus der Berliner Regierung ausgestiegen.

Am 30. August wird deshalb eine Debatte über

weitere Regierungsbeteiligungen losgehen, die DIE LINKE nach ihrer Gründung erstmals allein zu verantworten hat. Die aktuellen Umfrageergebnisse liefern die «mathematische Basis» dafür (siehe Kasten).

Es ist leider zu befürchten, dass die Regierungsdiskussion keine Angelegenheit der ganzen Partei sein wird, aber diese, wenn es schlecht läuft, insgesamt darunter leiden wird. Das Riesenstaatsmanngetue von Bodo Ramelow in Thüringen oder Oskar Lafontaine im Saarland ist schlicht dumm. Nicht zwei Führungsgenossen werden regieren, sondern gesellschaftliche Kräfteverhältnisse. Und wer die beeinflussen will, muss die gesamte Partei handlungsfähig machen und halten. Der Parteivorstand auf Bundes-

	CDU	FDP	SPD	Grüne	LINKE
Sachsen	39	12	15	6	19
Thüringen	34	9	20	6	24
Brandenburg	22	6	34	5	27
Saarland	36	9	27	7	18
Schleswig-Holstein	32	17	23	15	5
Nordrhein-Westfalen	39	12	29	9	5

ebene hat aber noch nicht einmal über die Haltung in Thüringen oder im Saarland diskutiert.

In allen Ländern prägen starke Kräfte in der Partei die Debatte über die Regierungsbeteiligung durch eine bizarre Über- und Fehleinschätzung der SPD und der Grünen. Statt von der im Alltag stets wahrnehmbaren Realität auszugehen, dass es in Deutschland überall ein Kartell von vier dem Kapitalismus hörigen Parteien gegen eine gibt, die in dieser Frage zumindest noch erfreulich unentschieden ist, werden in Thüringen, Saarland, Brandenburg und Sachsen die möglichen Koalitionspartner schöngeredet, obwohl jede dieser Reden die eigenen Durchsetzungschancen verkleinert.

DIE LINKE lässt sich widerstandslos die bürgerlichen politischen Ziele aufzwingen: Angeblich müssen langfristig stabile «Regierungsverhältnisse» geschaffen werden. Das Gegenteil ist richtig. Wer einen Politikwechsel oder gar eine neue Wirtschaftsordnung will, muss sich zu einer Phase der politischen Instabilität bekennen.

Die Umfragen über die wahrscheinlichen Wähler-

gebnisse sprechen eine klare Sprache: Auch in Deutschland wird es die Kultur von Minderheitsregierungen geben, die sich für jede Maßnahme neue Mehrheiten suchen müssen. Für DIE LINKE ist dies nützlich. Regierungsbeteiligung kann im Regelfall deshalb nur aus einem Tolerierungsangebot an SPD und Grüne, in Thüringen möglicherweise aus einer Tolerierungsforderung, bestehen, bei dem DIE LINKE sich die größtmögliche Bewegungsfreiheit erhält.

Stattdessen lässt sich DIE LINKE schon im Vorfeld der Wahlen in eine unnötige Defensive drängen, weil sie sich für ihre angebliche Nichtregierungsfähigkeit rechtfertigt. Das Gegenteil ist der Fall: Die aktuelle Krise des Kapitalismus zeigt, wie regierungsunfähig das Kartell der anderen Parteien ist.

Die Regierungsfähigkeit der LINKEN kann sich nicht an Absprachen mit anderen Parteien, sondern nur an der Treue zu den Zielen und Interessen ihrer Wählerinnen und Wähler orientieren. In diesem Sinne gibt es keinen Gegensatz zwischen Regierung und Opposition.

Wenn der Preis für ein Ministeramt ist, wesentliche Parteiziele als «Traum» oder Fernziel zu entwürdigen, ist der Verzicht auf Ministerämter auch für eine 25%-Partei in jedem Fall zukunftsfähiger. ★



Karikatur: R. Alff

Aufruf der is/ zur Bundestagswahl

DIE LINKE wählen

und aktiv werden für eine Wende nach links

Mehr arbeiten für weniger Geld! Das ist das Programm der etablierten Parteien im Interesse des Kapitals. Die steigende massenhafte Erwerbslosigkeit hilft dabei, denn sie schwächt die Beschäftigten. Die herrschende Politik bekämpft nicht die Arbeitslosigkeit, sondern Arbeitslose und Arme. Soziales wird weiter gekappt.

Seit Jahrzehnten wird von unten nach oben umverteilt – weltweit und in Deutschland. Damit wurde die Basis für die heutige Überakkumulation von Kapital und für die Party der Finanzspekulanten und Banker gelegt. Diese Blasen sind geplatzt, schon aber werden neue Blasen der öffentlichen Verschuldung aufgepumpt, um den Zusammenbruch hinauszuschieben. Zugleich wird die Zerstörung der natürlichen und klimatischen Lebensgrundlagen fortgesetzt.

Die offiziellen Programme gegen Hunger, Unterentwicklung und Klimakatastrophe sind gescheitert. Die kapitalistische Produktionsweise erweist sich für die Erde und die Menschen schon bei wirtschaftlicher Hochkonjunktur, und

erst recht jetzt in der Wirtschaftskrise, als Hindernis für Zukunftsfähigkeit und lebenswerte Aussichten.

Die Unfähigkeit einer allein auf privatem Profit basierenden Produktionsweise, der Menschheit ein auskömmliches Leben im Einklang mit der Natur zu beschermen, führt zu einem gnadenlosen Kampf um die letzten Ressourcen und heizt damit immer wieder Kriege an. Deutschland mischt da an vorderster Front mit. Kriegeinsätze wie in Afghanistan (oder auf dem Balkan) werden als Friedensmissionen getarnt. Die Chancen für eine solidarische Welt mit einem sozialistisch-demokratischen und ökologischen Neuanfang werden verspielt.

Die Gewerkschaften führen regelmäßig Kämpfe, um die Folgen von Pleiten und Stilllegungen für die Beschäftigten zu mindern. Dabei wird es für Belegschaften immer schwerer, auf sich selbst gestellt Betriebsschließungen und Massenentlassungen abzuwenden. Eine gemeinsame betriebsübergreifende Kampfperspektive

ist deshalb notwendig – deutschland- und europaweit.

Alle gemeinsam! Für das Verbot von Entlassungen, für radikale Arbeitszeitverkürzung ohne Lohneinbußen, für einen von den Reichen finanzierten Sozialfonds zur Sicherung der Einkommen und Arbeitsplätze, für eine demokratische Kontrolle der Produktion, für die Vergesellschaftung der großen Produktionsmittel, der Banken und Versicherungen, für eine Wirtschaft im Sinne der menschlichen Bedürfnisse und der ökologischen Verantwortung!

Dafür lohnt es sich zu streiken – bis hin zum Generalstreik und zu internationalen Gemeinschaftsaktionen.

Die Regierungsparteien SPD und CDU/CSU bereiten die nächsten Angriffe auf Beschäftigte und Erwerbslose vor. Die FDP trumpft mit noch mehr Marktradikalismus auf. Die Grünen haben sich längst den Interessen des Kapitals angepasst.

Nur DIE LINKE steht für die Interessen der Beschäftigten und Er-

werbslosen. Nur DIE LINKE ist gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr. Nur DIE LINKE steht für eine sozialistisch-demokratische Wende.

Allerdings steht auch DIE LINKE unter Anpassungsdruck. Regierungsbeteiligungen wie in Berlin und die Übernahme von Mitverantwortung für Politik im Interesse des Kapitals könnten auch DIE LINKE als Alternative zur etablierten bürgerlichen Politik diskreditieren.

Je mehr Stimmen DIE LINKE erhält, desto stärker bringen die Wählerinnen und Wähler ihre Ablehnung der etablierten Politik zum Ausdruck. Je aktiver sich Beschäftigte und Erwerbslose und die sozialen Bewegungen gemeinsam außerparlamentarisch zur Wehr setzen, desto stärker werden die Kräfte in der LINKEN, die sich gegen die Anpassung wehren.

Darum gilt bei der Bundestagswahl: Jede Stimme für DIE LINKE!

Und nach der Wahl: Alle gemeinsam auf die Straße – für eine linke Wende in Deutschland und international! ★



★ Wir stehen für die Tradition eines undogmatischen, offenen Marxismus. Die internationale Arbeiterbewegung und andere Bewegungen, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung wenden, sind unser Bezugsrahmen.

★ Unserer Vorstellung von einer klassenlosen, von Ausbeutung und Unterdrückung freier Gesellschaft, die letztlich nur weltweit realisiert werden kann, liegt ein Konzept umfassender Selbsttätigkeit und Selbstorganisation von unten zugrunde. Die sozialistische Demokratie von morgen kann nicht durch die Stellvertreterpolitik von bürokratischen Apparaten und selbsternannten Menschheitsbeglückern Wirklichkeit werden. Im Kampf gegen Kapital und Ausbeuterstaaten, wenn er breit getragen wird, entstehen jene Organe einer alternativen Demokratie und umfassenden Selbstverwaltung, die berufen sind, an die Stelle des alten Staatsapparats zu treten.

★ Ein instrumentelles Verhältnis zu Menschen und Bewegungen lehnen wir ab. Aufbau der Organisation ist für uns Teil eines gemeinsamen Bewusstseinsbildungsprozesses in den Bewegungen, bei dem alle Beteiligten voneinander lernen. Sie muss die Selbstorganisation von unten fördern und darf nicht ihrerseits zum Hindernis für sie werden. Die Organisation soll ihren Mitgliedern politische Selbstentfaltung, theoretische Weiterbildung und die Teilnahme an strategischen und programmatischen Debatten ermöglichen.

Wir sind für einen konsequenten Internationalismus, der die Idee der Internationale wiederbelebt und sich den Aufbau sozialistischer Organisationen nur als zugleich landesbezogenen und internationalen Prozess vorstellen kann. Die is/ ist Teil der IV. Internationale.

★ Wir wollen gemeinsames Handeln und vorurteilslosen politischen Dialog mit allen anderen Teilen der antikapitalistischen Linken. Seit der weltgeschichtlichen Zäsur 1989/90 steht ein umfassender Neuformierungsprozess der Linken an. In einer möglichen neuen Kraft der Zukunft werden wahrscheinlich viele mitmachen, deren Ausgangspunkt kein revolutionär-marxistisches Selbstverständnis ist wie bei uns. Doch die Chance für gemeinsames Handeln liegt in der Radikalität konkreter politischer Zielsetzungen, weil solidarische Lösungen eine systemsprengende Dynamik entfalten, wenn sie von Massenbewegungen getragen werden.

Wie weiter mit den Protesten gegen die Krise?

«Der politische Streik darf nicht länger tabuisiert werden»

Interview mit **Bernd Riexinger** (Ver.di-Sekretär Stuttgart)



BERND RIEXINGER

Bei der DGB-Demonstration am 16. 5. liefen zwar Franz Müntefering und Renate Künast an der Spitze mit (Spötter behaupten: um gegen sich selbst zu demonstrieren), aber der Demonstrationszug hatte einen völlig anderen, bunten, nicht angepassten Charakter. Leider ging auch von dieser Demonstration kein Impuls für weitere Protestaktionen aus. Das scheint vom DGB derzeit auch nicht geplant zu sein. Das ist meines Erachtens ein großer Fehler.

Arbeitszeitverkürzung Gegenstand der kommenden Tarifrunde im öffentlichen Dienst (Kommunen und Bund) wird.

Für mich gehören noch weitere Forderungen dazu: die Vergesellschaftung der Banken und deren öffentliche Kontrolle; der massive Ausbau des öffentlichen Sektors, einschließlich Rekommunalisierung bereits privatisierter Bereiche; die Beförderung von Transformationsprozessen in öffentliches oder genossenschaftliches Eigentum; ein wirksamer Schutzschirm gegen Entlassungen...

bruch der Steuereinnahmen, auch im öffentlichen Dienst. Dort werden heute schon Haushaltssperren verhängt und Sparprogramme angekündigt.

Die Überführung in Gemeineigentum ist sicherlich eine richtige Antwort. Entscheidend ist jedoch, dass die betroffenen Belegschaften überhaupt gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze kämpfen. Karstadt ist ein gutes Beispiel: Hier starren die Gesamtbetriebsräte, die Beschäftigten, aber auch Ver.di wie das Kaninchen auf die Schlange und hoffen, dass es noch ein Wunder gibt, statt konkrete Forderungen aufzustellen und die Beschäftigten dafür zu mobilisieren.

den Angriff auf die Sozialsysteme und mit einer Erhöhung der Verbrauchssteuern. Wenn nach Auslaufen der Kurzarbeit die Konjunktur nicht wieder anzieht, wird es sowohl Entlassungen, als auch Angriffe auf die Arbeitszeiten und Löhne geben.

Voraussetzung für die Entwicklung weitergehender Perspektiven ist die Organisation von Gegenwehr. Eine erneute Niederlage wie bei der Agenda 2010 wäre nicht nur für die Gewerkschaftsbewegung verheerend.

Die Gegenwehr muss mit Forderungen nach einem Systemwechsel verbunden werden, wie oben angedeutet. Da es sich bei den meisten Forderungen um politische handelt, darf der politische Streik bzw. der Generalstreik nicht länger tabuisiert werden.

Einerseits sollten die Gewerkschaften die Anerkennung des politischen Streiks fordern, andererseits sollten sie ihn etappenweise vorbereiten und die Debatte über die Ursachen der Krise und die Positionen der Gewerkschaften in die Betriebe tragen.

Die Gewerkschaften müssen begreifen, dass diese Krise länger dauern und nicht schnell von einem sich selbst tragenden konjunkturellen Aufschwung beendet werden wird. ★

■ Im März demonstrierten 55 000 Menschen in Frankfurt am Main und Berlin gegen die Politik von Regierung und Kapital im Rahmen des Bündnisses «Wir zahlen nicht für eure Krise». Im Mai stand die Demonstration des DGB in Berlin auch ganz im Zeichen der Krise. Was haben die Demonstrationen bewirkt?

Es waren die ersten Massendemonstrationen in Deutschland gegen die Abwälzung der Krise auf die Mehrheit der Bevölkerung. Sie vereinten kapitalismuskritische und gewerkschaftliche Positionen. Sie waren noch nicht der erhoffte Auftakt einer Protestwelle, aber das Bündnis, das die Proteste getragen hat, existiert weiter und hat für den 17. 9. zu einem dezentralen bundesweiten Aktionstag aufgerufen.

■ Auffällig ist, dass betriebliche Kämpfe hierzulande hauptsächlich um die Frage geführt werden, ob Kurzarbeit eingeführt oder weiter ausgebaut wird. Ist es nicht an der Zeit, für übergreifende Forderungen zu kämpfen, wie die nach Arbeitszeitverkürzung?

Ich glaube, dass die Gewerkschaften eine Antwort auf die Krise geben müssen, die grundsätzlich verschieden ist von der des Kapitals und der herrschenden politischen Klasse. Dazu gehört ganz bestimmt die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Über die konkrete Ausgestaltung muss auch innerhalb der Linken noch diskutiert werden.

Die Streikleitung für den öffentlichen Dienst bei Ver.di in Stuttgart hat beschlossen, einen Antrag zu stellen, dass die Forderung nach

■ Auch im Organisationsbereich von Ver.di sind die Auswirkungen der Krise zu spüren. Bei Hertie wurden in den letzten Tagen die letzten Filialen geschlossen, Arcandor ist in der Insolvenz und wird möglicherweise zerschlagen. Wäre es hier nicht angebracht, die Überführung in Gemeineigentum zu fordern, damit nicht wieder zigtausend Arbeitsplätze vernichtet werden?

Der Dienstleistungsbereich ist in der Tat heute schon betroffen. Die Auswirkungen der Krise werden zeitlich versetzt zum industriellen Bereich spürbar werden: im Transportwesen, im Groß- und Einzelhandel, bei Banken und Versicherungen, im gesamten Medienbereich und letztlich, durch den Ein-

Rosa Luxemburg zum Massenstreik

Generalstreik sei «Generalun-sinn» meinte Carl Legien, Führer der ADGB-Gewerkschaften Anfang des 20. Jahrhunderts. Das hinderte ihn nicht, 1920 gegen den Kapp-Putsch einen erfolgreichen Generalstreik anzuführen. Doch stand er mit seiner Meinung in der deutschen Sozialdemokratie nicht allein. Schon Friedrich Engels hatte den Generalstreik als anarchistische Marotte gebrandmarkt. Denn ein Generalstreik erfordere eine «so vollständige Organisation der Arbeiterklasse» und eine «so prall gefüllte Streikkasse», dass er dann schon nicht mehr erforderlich sei, um die politische Macht zu übernehmen. Die Führung der SPD berief sich auf die marxistische Orthodoxie, wenn sie den Generalstreik allenfalls als Notmaßnahme

gegen Anschläge auf die Demokratie gelten lassen wollte.

Rosa Luxemburg verarbeitete in ihrer Schrift *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften* die Erfahrungen der russischen Revolution von 1905. Diese habe gezeigt, dass sich Massenstreikbewegungen nicht auf Knopfdruck irgendwelcher Vorstände entwickeln. Es handele sich um elementare Bewegungen von unten für ökonomische, soziale und politische Forderungen, die ihrerseits mächtige Anstöße zu einer dauerhaften Organisation geben. Die Rolle der Sozialdemokratie – heute würden wir sagen, einer linken Partei – könne nur darin bestehen, an solchen Bewegungen teilzunehmen und ihnen möglichst eine sozialistische politische Orientierung zu geben.

Der Anarchismus mit seiner Vernachlässigung der politischen Ebene sei mit der wirklichen Massenaktion an den Rand gedrängt worden. Blamiert habe sich auch die Haltung jener sozialdemokratischen Führer, die mit einem kleinen Haufen Partei- und Gewerkschaftsbeamten alles unter Kontrolle halten wollen:

«Auf demselben Boden der abstrakten, unhistorischen Betrachtungsweise stehen aber heute diejenigen, die den Massenstreik nächstens in Deutschland auf dem Wege eines Vorstandsbeschlusses auf einen bestimmten Kalendertag ansetzen möchten, wie auch diejenigen ... die durch ein Verbot des «Propagierens» das Problem des Massenstreiks aus der Welt schaffen wollen.» ★

isl
internationale sozialistische linke

internationale sozialistische linke (isl) Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
isl@islinke.de · www.islinke.de

Berlin berlin@islinke.de Bielefeld bielefeld@islinke.de Bremen bremen@islinke.de Dortmund dortmund@islinke.de Duisburg duisburg@islinke.de Düsseldorf duesseldorf@islinke.de Frankfurt am Main frankfurtm@islinke.de Göttingen goettingen@islinke.de Hamburg hamburg@islinke.de Kassel kassel@islinke.de Köln koeln@islinke.de München muenchen@islinke.de Oldenburg/O. oldenburg@islinke.de Ruhrgebiet ruhrgebiet@islinke.de Schwäbisch Hall schwaebisch-hall@islinke.de Stuttgart stuttgart@islinke.de

IMPRESSUM

Die FLUGSCHRIFTEN werden herausgegeben von der internationalen sozialistischen linken/IV. Internationale (isl) und erscheinen bei Bedarf.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Klein
Satz/Layout: Hans-Günter Mull
Bestelladresse für Wiederverteilerinnen und Wiederverteiler (Lieferung gegen Versandkosten):
isl, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
(02 21) 9 23 11 96 · isl@islinke.de

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (3 Ausgaben, keine automatische Verlängerung) gegen 10-Euro-Schein

SoZ-Verlag · Regentenstr. 57–59 · 51063 Köln

Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97 · redaktion@soz-verlag.de